



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer ist Deutschland umgeben von Freunden. Die Wiedervereinigung ist eine Erfolgsgeschichte – nicht nur eine nationale, sondern eine europäische. Die Beziehungen des wiedervereinten Deutschlands zu seinen Nachbarn sind vertrauensvoll, die Rolle der Bundesrepublik als europäischer Partner wird ausgesprochen positiv bewertet. Nach Jahrhunderten kriegerischer Auseinandersetzungen und zwei Weltkriegen hat das europäische Projekt Demokratie, Wohlstand und Sicherheit gebracht. Die Wiedervereinigung Deutschlands hat diesen Prozess nicht gestört oder aufgehalten, sondern vorangebracht. Gegenteilige Befürchtungen einzelner europäischer Partner, aber auch im eigenen Land, haben sich nicht bewahrheitet.

In diesem und dem vergangenen Jahr wurden in zahlreichen Veranstaltungen bundesweit die Jubiläen von Freiheit und Einheit begangen: 60 Jahre Bundesrepublik, 20 Jahre Wiedervereinigung. Dabei war der Blick vor allem nach innen gerichtet. Die Deutschen haben eine nationale Erfolgsgeschichte gefeiert. Die Wiedervereinigung war jedoch ebenso ein internationales Ereignis. Sie markierte das Ende der bipolaren Weltordnung mit den USA auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Im ungarischen Sopron an der österreichischen Grenze öffnete sich erstmals der Eisener Vorhang. Die Ausreise einer großen Zahl von DDR-Bürgern über die Nachbarländer Polen, Tschechien und Ungarn brachte schließlich das Grenzregime zum Kollabieren.

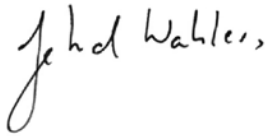
Mit der deutschen Wiedervereinigung begann ein neues Kapitel in der deutschen Außenpolitik. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten, die vielfach ebenfalls inmitten von Transformationsprozessen waren, haben sich hervorragend entwickelt. Die Überwindung sozialistischer Strukturen, eine Eingliederung in die Strukturen der NATO, schließlich

die Aufnahme in die Europäische Union – diesen Weg der östlichen Nachbarn begleitete Deutschland in den vergangenen 20 Jahren. Mit ihnen, aber auch mit den bewährten Partnern in der Europäischen Union, gestaltete Deutschland in partnerschaftlicher Weise die Zukunft Europas. Die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon hat diese Erfolgsgeschichte fortgesetzt.

Es waren die Christdemokraten, die auf eine baldige Wiedervereinigung gedrängt haben. Die Bundesregierung nutzte entschlossen die sich bietenden Möglichkeiten. Rückblickend hat sie Recht behalten. Deutschland ist nicht in Nationalismus zurückgefallen. Bei der Fußballweltmeisterschaft im eigenen Land, aber auch kürzlich während des Turniers in Südafrika ist internationalen Gästen und Beobachtern ein neuer deutscher Patriotismus begegnet – sympathisch, nie abschätzig gegenüber anderen Nationen und fähig, Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft zu integrieren.

Zeitungskommentare und politische Statements zeigen: Die europäischen Nachbarn fürchten heute keineswegs, Deutschland könne zu mächtig werden. Stattdessen wird gefordert, dass die Bundesrepublik ihr Gewicht bei der Lösung europäischer Probleme noch stärker einbringt. So wird auch die positive wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im europäischen Ausland überwiegend begrüßt, wie eine aktuelle Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt (*Der Blick von außen*, <http://www.kas.de/wf/de/33.20195/>). Nachrichten über den deutschen Aufschwung und die sinkenden Arbeitslosenzahlen wecken Hoffnung auf eine positive Entwicklung im eigenen Land. Dieser Aufschwung zeigt: Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt. Politik und Sozialpartner haben verantwortlich gehandelt. Konjunkturprogramme, Deutschland-Fonds, Kurzarbeitergeld, Zeitarbeit und Lohnzurückhaltung

haben ihre Wirkung gezeigt. Die Europäische Union sollte sich für die Aufgabe, die Märkte und Haushalte wieder ins Gleichgewicht zu bringen und Grundlagen für nachhaltiges Wachstum zu legen, die Soziale Marktwirtschaft zum Vorbild nehmen. Sie hat zur deutschen Erfolgsgeschichte beigetragen und ebenso zur europäischen. Vor 60 Jahren haben Christdemokraten mit ihr ein Ordnungsmodell etabliert, das „Wohlstand für alle“ schafft und soziale Sicherheit gewährleistet.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär